

Antrag Nr. 24-F-63-0023

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Bezahlkarte für Asylbewerber*innen
- Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom
06.03.2024 zu 24-F-22-0002 -

Antragstext:

Seit November 2023 steht fest, dass es eine Bezahlkarte für Asylbewerber*innen geben soll. Zur genauen Umsetzung der Forderung ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts bekannt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- 1) in welchem Stadium die gemeinsame Ausschreibung der Bundesländer, darunter Hessen, für eine einheitliche Bezahlkarte ist.*
- 2) wie viele Leistungsbeziehende des AsylbLG bereits über Bankkonten verfügen und ob diese durch die Verwaltung genutzt werden, um die Leistungen zu überweisen*
- 3) wie viele AsylbLG-Beziehenden die Leistungen noch in Form von Bargeld bekommen und woran liegt es, dass diese über kein Bankkonto verfügen.*
- 4) ob es in Wiesbaden bereits ein Kartensystem für Leistungsbeziehende des AsylbLG gibt. Falls ja, wie viele Personen haben diese Karte und wie ist diese ausgestaltet?*
- 5) ob bereits bekannt ist, welche einmaligen und laufenden Kosten für die Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Einführung der Bezahlkarte entstehen.*
- 6) ob es Überlegungen gibt, das Vorgehen mit weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten im Rhein-Main-Gebiet zu koordinieren und ggf. abzustimmen.*

Wiesbaden, 07.03.2024

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Fachsprecher, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Michaela Apel / Susanne Hoffmann-Fessner
Fachsprecherinnen, SPD

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Tobias Debler
Fraktionsmitarbeiter, Volt